



Tätigkeitsbericht 2023 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig- Holstein

VO/2024/305 öffentlich <i>FB 4 Soziales, Gesundheit und Infrastruktur</i>	Mitteilungsvorlage öffentlich Datum: 19.09.2024 Ansprechpartner/in: Bearbeiter/in: Katrin Schliszio

<i>Datum</i>	<i>Gremium (Zuständigkeit)</i>	<i>Ö / N</i>
26.09.2024	Sozial- und Gesundheitsausschuss (Kenntnisnahme)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Entfällt

Sachverhalt

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, Samiah El Samadoni, stellte am 11.07.2024 ihren Tätigkeitsbericht für den Berichtszeitraum 2023 in der Landespressekonferenz vor. Die Aufgabe der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein ist es, die Bürgerinnen und Bürger in sozialen Angelegenheiten zu beraten, zu unterstützen und ihre Interessen zu vertreten.

Ein Meilenstein in diesem Jahr war das 35jährige Bestehen des Amtes der Bürgerbeauftragten in Schleswig-Holstein. Mit 3.641 Eingaben im Jahr 2023 gab es auch wieder Zuwachs im Vergleich zu den 3.440 Petitionen aus dem Vorjahr. Somit konnte im Jahr 2023 die 100.000ste Petition bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten bearbeitet werden.

Insgesamt sind damit seit Bestehen des Amtes 101.217 Petitionen bei der Bürgerbeauftragten eingelegt worden. Eine Zahl die zeigt, dass die Unterstützung durch die Beauftragte im Land gebraucht wurde und weiterhin gebraucht wird.

Ein Schwerpunkt der Petitionen im Berichtsjahr 2023 war durch alle Themenbereiche hinweg die lange Bearbeitungsdauer bei Anträgen an Sozialbehörden. Die zu langen Bearbeitungszeiten und die schwierige Erreichbarkeit sind in fast allen Fällen auf den immer deutlich spürbar werdenden Fachkräftemangel in den Sozialbehörden zurückzuführen. Vor dem Hintergrund der Perspektive, dass sich der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren noch deutlich verschärfen wird und die Handlungsfähigkeit des Staates bewahrt werden muss, ist es erforderlich, Verwaltungsaufgaben effizienter und weniger bürokratisch zu gestalten. Dazu müssen allerdings die gesetzlichen Grundlagen angepasst werden. Um hierzu einen konkreten Impuls zu geben, erarbeitet die Bürgerbeauftragte gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden Vorschläge, wie zunächst die Arbeit der Sozialämter im Land entbürokratisiert werden kann.

Der Tätigkeitsbericht enthält ebenfalls die nachfolgenden statistischen Übersichten:

Anzahl der Gesamteingaben, dargestellt im Vergleich zu den letzten zwei Jahren

Sachgebiet	2023 in %	2023 absolut	2022 absolut	2021 absolut
Arbeitsförderung	5,9	213	176	182
Grundsicherung für Arbeitssuchende	18,5	673	583	651
Kindergeld / Kinderzuschlag	6,3	229	215	199
Krankenversicherung	10,9	397	399	502
Rentenversicherung	7,0	256	234	200
Recht der Rehabilitation und Teilhabe	5,6	206	257	253
Sozialhilfe	11,3	412	382	304
Sonstige Rechtsgebiete	24,3	884	785	611
Unzulässige Eingaben	10,2	371	409	400
	100,0	3.641	3.440	3.302

Eingaben nach Schwerpunkt der Beratung

Schwerpunkt	2023 in %	2023 absolut	2022 absolut	2021 absolut
schriftlich (inkl. elektronisch)	19,2	700	588	754
persönlich	4,8	175	130	36
telefonisch	76,0	2.766	2.722	2.512

Eingabe nach Petentinnen und Petenten

Petentinnen und Petenten	2023 in %	2023 absolut	2022 absolut	2021 absolut
männlich	32,9	1.197	1.185	1.241
weiblich	65,8	2.396	2.201	2.026
Trans/Ident	0	0	6	3
Petentengruppe (mind. 3 Personen)	1,3	48	48	32
	100,0	3.641	3.440	3.302

Relevanz für den Klimaschutz

./.

Finanzielle Auswirkungen

./.

Anlage/n:

Keine